
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 25/3 (1998)

DOI: 10.11588/fr.1998.3.61476

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

sieurs de ses élèves sont des femmes. Comme dans le cas de Diez ou de Foerster, la documentation réunie par Birgit Tappert complète fort heureusement le portrait intellectuel de Schneegans.

Les deux volumes de l'ouvrage *Romanistik. Eine Bonner Erfindung* constituent à l'évidence une contribution majeure à l'histoire de la romanistique et une mine d'information sur cette discipline et surtout sur ses fondateurs. Il ne s'agit de rien moins que de trois monographies et d'une édition de sources choisies. On pourrait bien sûr regretter que l'abondance des informations fournies dissimule parfois les lignes de force de la démonstration et que le cas de Bonn n'ait pas été davantage confronté à l'histoire des origines de la discipline ailleurs en Allemagne, à la situation de la germanistique, à la situation des études romanes en France et en Italie. Bref le lecteur aurait pu souhaiter une meilleure mise en perspective du cas de Bonn. Mais il est vrai que les études de cas ont l'avantage décisif de prémunir contre les synthèses rapides, tout en laissant deviner les contours d'une problématique générale. Elles ouvrent de nouvelles voies. En ce sens aussi le travail de Willi HIRDT, Richard BAUM et Birgit TAPPERT est une étude de cas exemplaire.

Michel ESPAGNE, Paris

Isabel F. PANTENBURG, *Im Schatten des Zweibundes. Probleme österreichisch-ungarischer Bündnispolitik 1897–1908*, Köln (Böhlau) 1996, 507 S. (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs, 86).

Ein unverkennbares Symptom für den Zerfall des europäischen Konzerts der Mächte am Ende des 19. Jh. war das zunehmende Streben der Großmächte, ihre Sicherheit durch den Abschluß von Bündnissen und allianzähnlichen »Ententen« zu gewährleisten. Diesem Grundmuster der Staatenpolitik mußte zwangsläufig auch der österreichisch-ungarische Vielvölkerstaat Tribut zollen. Allerdings gab es auch gegenläufige Bewegungen im internationalen Staatensystem. In ihrer umfangreichen und quellengesättigten Studie über das Verhältnis Wiens zum Zweibund geht Isabel F. Pantenburg der Frage nach, ob die Doppelmonarchie über Alternativen verfügte, um die seit 1879 bestehende enge Fixierung auf das Deutsche Reich aufzuheben.

Nach dem Urteil der Vf. waren für Österreich-Ungarn die innenpolitischen Aspekte des Zweibundes und die außenpolitische Dimension des Bündnisses untrennbar miteinander verknüpft. Daher konzentriert sie sich zunächst auf die innenpolitische Entwicklung der Doppelmonarchie, um sich anschließend mit der internationalen Lage der Jahre 1897 bis 1908 zu befassen, wobei der zeitliche Rahmen der Untersuchung eindeutig durch die außenpolitischen »Eckdaten« vorgegeben wird.

Die ambivalente Einflußnahme des Zweibundes auf die innere Entwicklung in der cisleithanischen Reichshälfte wird von der Vf. anhand des Konfliktes um die Badenischen Sprachreformen vom April 1897, des Thun-Vorfalles vom November 1898 und des Streites über die »Los-von-Rom«-Bewegung der Jahre 1898–1903/04 ausführlich und differenziert behandelt. Die Deutsch-Österreicher, neben den Ungarn die Träger des Zweibundes im Vielvölkerstaat, sahen im Deutschen Reich – ganz unabhängig von der Existenz der Allianz – ihre »natürliche« Schutzmacht im sich verschärfenden Nationalitätenstreit. Es war jedoch gerade das übergeordnete Interesse Berlins am Fortbestand der Doppelmonarchie und am Zweibund, welches eine allzu einseitige Parteinahme zugunsten der Deutsch-Österreicher verbot und die »Anschlußoption« kategorisch ausschloß. Zudem wehrte Kaiser Franz Joseph mit Nachdruck deutsche Einmischungsversuche in die inneren Angelegenheiten der Monarchie ab, so daß der Zweibund allenfalls indirekt konservierend auf das innenpolitische System im Sinne der Aufrechterhaltung des Dualismus wirken konnte. Die aus der innenpolitischen Krise der Doppelmonarchie resultierenden Pressionen der

deutschen Diplomatie führten daher zwar zu zahlreichen Irritationen im Verhältnis der Zweibundpartner, gefährdeten aber nicht ernsthaft das Bündnis.

Ausschlaggebend für die Allianz der Mittelmächte war vielmehr die Frage, ob Wien die im April 1897 eingegangene »Entente« mit St. Petersburg in Balkanfragen als tragfähige Grundlage für eine bündnispolitische Neuorientierung nutzen wollte oder konnte. Der Befund der Vf., basierend auf einer sorgfältigen, abwägenden und klug argumentierenden Analyse, ist eindeutig. In realistischer Einschätzung der machtpolitischen Möglichkeiten Österreich-Ungarns war der ohnehin vorsichtig und zurückhaltend agierende Außenminister Goluchowski zu keinem Zeitpunkt bereit, das unkalkulierbare Risiko eines Bündniswechsels einzugehen. Die »Entente« mit dem Zarenreich blieb zudem auf den Balkan begrenzt und kam über ein »Stillhalteabkommen« kaum hinaus. Die fortdauernde Rivalität beider Mächte in der orientalischen Frage wurde lediglich zeitweilig von dem unterschiedlich motivierten Bedürfnis beider Mächte überlagert, den Status quo in der Region für eine Reihe von Jahren aufrechtzuerhalten. Dies war viel und wenig zugleich. Goluchowski gewann immerhin gegenüber dem Zweibundpartner an Bewegungsfreiheit und konnte wenigstens auf dem Balkan eine vergleichsweise eigenständige Großmachtspolitik betreiben. Zugleich verzichtete Wien allerdings freiwillig auf die anscheinend günstige Gelegenheit, die machtpolitische Zurückhaltung des Zarenreiches auf dem Balkan für eine nachhaltige Verbesserung der eigenen Position auszunutzen und unter Umständen gar eine Regelung der orientalischen Frage im Sinne Wiens herbeizuführen. Goluchowski zufolge war der Vielvölkerstaat jedoch gar nicht in der Lage, territoriale Erwerbungen auf dem Balkan innenpolitisch zu verkraften. Als Aehrenthal sich seit dem Herbst 1906 anschickte, das von seinem Vorgänger angeblich Versäumte nachzuholen, hatten sich die internationalen Rahmenbedingungen bereits zum Nachteil der Doppelmonarchie verändert. Rußland schaute nach dem Debakel seiner Ostasienpolitik wieder verstärkt auf den Balkan. Wien wurde zudem ein »Opfer« der britischen Auskreisungsstrategie gegen das Deutsche Reich und des voranschreitenden »Blockdenkens«, das unter Grey auch das Foreign Office dominierte. Vor allem aber war es die überraschende Wiederaufnahme des Sandschakbahnprojektes durch Aehrenthal im Januar 1908, wodurch die Entente zwischen Wien und St. Petersburg faktisch beendet und der Prozeß der britisch-russischen Annäherung vorangetrieben wurde. Die Motive für den Vorstoß Aehrenthals, der einen »politischen Scherbenhaufen« (S. 429) hinterließ, sind auch für die Vf. schwer zu ermitteln. Handelte es sich um die unbegreifliche Fehlperzeption eines Staatsmannes (S. 431), oder um den verzweifelt anmutenden Versuch des Außenministers, quasi im Alleingang die Flucht nach vorn zu ergreifen, um durch eine offensive Balkanpolitik den gefährdeten Großmachtstatus Österreich-Ungarns doch noch zu retten (S. 478)?

Das Urteil der Vf., daß die »Entente« von 1897 kaum eine tragfähige Alternative zum Zweibund eröffnete, erscheint plausibel und wohlbegründet. Ob dieser Befund allerdings ausreicht, zugleich die »Festigkeit des Zweibundes« (S. 466) zu konstatieren, bleibt diskussionswürdig. Denn die zwischen 1897 und 1908 bestehende »Entente« befreite die Zweibundpartner nur vorübergehend von der Beantwortung der »Gretchenfrage«, ob der casus foederis auch bei Verwicklungen der Doppelmonarchie auf dem Balkan zur Anwendung kommen sollte.

Rainer LAHME, Hutthurm